

Katrin Budde

- (A) gend erinnert“ gemeinsam vorantragen und sie auch internationalisieren und europäisieren, im Großen im Übrigen wie im Kleinen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist wichtig, dass wir gerade in Deutschland die Orte der doppelten Diktaturerfahrung mit einbeziehen, also beispielsweise den Roten Ochsen in Halle. Ich meine aber auch das Thema Bildung, so zum Beispiel die Nationalpolitische Bildungsanstalt Ballenstedt, die danach übergangslos eine Schule für SED-Bezirksparteileitungen wurde. Der Architekt, der mit ihrem Bau im Nazireich begonnen hatte, baute sie für die SED zu Ende. Das sind Dinge, die man verstehen muss: Warum ist das ineinander übergegangen? Warum hat das funktioniert? Warum hat diese Repression wieder funktioniert?

Das wollen wir mit ganz persönlichem Erleben, mit Spurensuche in den Familien, in der Nachbarschaft, auch mit dem Kleinen nebenan, und mit diesem Programm „Jugend erinnert“ erreichen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mein katholischer Pfarrer hat einmal zu mir gesagt: Wissen Sie, Frau Budde, Ideen sind immer dann Mist, wenn sie Ismen werden. – Er hat den Katholizismus mit einbezogen.

- (B) Sorgen wir doch bitte gemeinsam dafür, dass in diesem Jahrhundert in Deutschland, in Europa und möglichst auch international diese Ismen nicht gewinnen. Das ist ein guter gemeinsamer Kampf.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion der CDU/CSU die Kollegin Gitta Connemann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Gebt Hitler nie eure Handynummer.“ Ein Schüler hat diesen Satz nach dem Besuch einer Holocaust-Ausstellung in das Gästebuch eines Museums geschrieben. Er überträgt das, was er gesehen hat, in seine Welt, in seine Zeit, und die ist mobil. Wem gibt man seine Handynummer? Freunden, Vertrauten. Hitler und Nazis gehören nicht dazu. Ohne Ausstellung hätte sich der Schüler vermutlich nicht so intensiv mit Shoah und NS-Terrorherrschaft auseinandergesetzt.

Auch wer von einem Zeitzeugen durch die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen geführt worden ist, wird die DDR nicht mehr glorifizieren. Das ehemalige Stasi-Untersuchungsgefängnis zeigt: Unter der SED-Diktatur herrschten Willkür und Unrecht. Freiheit gab es nur bei Flucht.

Das zeigt: Wir müssen Jugendlichen den Besuch von Gedenkstätten und Dokumentationszentren ermöglichen,

und zwar nicht nur der großen, sondern auch der weniger bekannten. Übrigens befinden sich viele davon auf dem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dort wird hervorragende Arbeit geleistet, auch ehrenamtlich, wie zum Beispiel in meiner Region in der Gedenkstätte Gnadenkirche Tidofeld in Norden oder der Gedenkstätte Esterwegen im Emsland. Genau deshalb schaffen wir ein neues Bundesprogramm „Jugend erinnert“.

Herr Dr. Jongen, dieses Programm ist eines nicht: Gedächtnispolitik. Gedächtnispolitik macht in diesem Haus nur eine einzige Fraktion: die AfD.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Lachen bei der AfD)

Für Sie ist das Dritte Reich ein Fliegenschiss,

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Das war falsch!)

sind 6 Millionen ermordete Jüdinnen und Juden ein Fliegenschiss. Sie schreiben Geschichte um, weil Sie Geschichte vergessen wollen, und das ist nicht nur nationalistischer Unsinn, sondern auch gefährliche Geschichtsklitterung und politische Brandstiftung und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Uns geht es hier um Verantwortung für Demokratie. Frau Kollegin Bull-Bischoff, Sie haben die Frage gestellt, wie Diktatur funktionieren kann. Das ist eine scheußliche Frage. Wir wollen wissen, wie Demokratie funktionieren kann, und das unterscheidet uns wiederum von Ihrer Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das geht am besten mit Zeitzeugen;

(Kathrin Vogler [DIE LINKE]: Wortverdrehen!)

denn sie führen uns vor Augen, was Diktaturen für Menschen bedeuten. Ich nenne Albrecht Weinberg aus Leer. Er ist Jude. Er überlebte KZs. Er überlebte Todesmärsche, und er erzählt Schülern, wie aus Nachbarn Bestien wurden, wie aus Menschen Nichts wurden.

Aber die Zeitzeugen verstummen, und mit „Jugend erinnert“ wollen wir auch ihre Geschichte bewahren, und zwar lebendig, in virtueller Realität, wie Zeitzeugen zum Beispiel als Hologramme. Hier kann tatsächlich moderne Technologie Brücken bauen, und so können sich Jugendliche ihre Erinnerung selbst schaffen.

Genau darum geht es. Es geht nicht um verordnetes Erinnern. Erinnern ist kein Selbstzweck. Es geht am Ende um ein selbst geschaffenes Erinnern. Das ist übrigens auch die Gefahr eines ritualisierten Erinnerns, das am Ende das Gegenteil bewirken kann. Wir brauchen mehr als Mahnen und Beschwören; denn wir wissen auch: Wer die Vergangenheit nicht wiederholen will, der

Gitta Connemann

- (A) muss im Hier und Jetzt leben, und er muss jetzt handeln. Wir dürfen Antisemitismus nicht erst bekämpfen, wenn auf Demonstrationen „Juden ins Gas!“ gerufen wird, und das findet aktuell statt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der AfD und der FDP)

„Du Jude!“ darf kein Schimpfwort auf dem Schulhof sein. Wer eine Kippa trägt, muss sich in diesem Land genauso sicher fühlen wie jemand, der ein Basecap trägt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Antisemitismus darf keinen Platz in Deutschland haben, und es darf sich nie wieder eine kommunistische Gewaltherrschaft in diesem Land wiederholen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der AfD sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Deshalb muss sich Jugend ihre Erinnerung selbst schaffen – und uns erinnern. „Gebt Hitler nie eure Handynummer.“

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

- (B) Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/8942 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Ich sehe, dass Sie damit einverstanden sind. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 25:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Pascal Meiser, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Tarifbindung stärken

Drucksache 19/8963

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Also ist so beschlossen.

Wenn Sie Ihre Plätze gefunden haben, würde ich gerne mit der Debatte beginnen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat als erster Redner für die Fraktion Die Linke der Kollege Bernd Riexinger.

(Beifall bei der LINKEN)

Bernd Riexinger (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei kaum einem anderen Thema wird das Versagen dieser Bundesregierung so deutlich wie bei der Tarifbindung.

Tatenlos sieht die Bundesregierung zu, wie sich Löhne und Arbeitsbedingungen von Millionen Beschäftigten verschlechtern. Tatenlos nimmt sie hin, dass im Westen nur noch 27 Prozent, im Osten sogar nur noch 16 Prozent der Unternehmen an einen Branchentarifvertrag gebunden sind. Tatenlos sieht die Bundesregierung zu, wie sich so die Löhne und Arbeitsbedingungen von Millionen Beschäftigten verschlechtern. Es wird höchste Zeit, dass gehandelt und gegengesteuert wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn nichts getan wird, gibt es Millionen Verlierer und wenige Gewinner. Konzerne und Betriebe können weiter die Löhne drücken, die Arbeitsbedingungen verschlechtern und mit Ausgliederungen, Subunternehmen und Werkverträgen ihre Profite hochschrauben. Die Konsequenzen tragen die betroffenen Verkäuferinnen und Pflegekräfte, die Paketboten und Lageristen: Mit Tarifvertrag bekommt man im verarbeitenden Gewerbe im Westen 900 Euro mehr im Monat als ohne Tarifvertrag. Mit Tarifvertrag erhält man in der Gastronomie im Osten 400 Euro mehr im Monat als ohne. Diese Kluft muss dringend überbrückt werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es muss wieder normal werden, dass die Beschäftigten unter Tarifverträge fallen. Tarifbindung ist kein Luxusgut.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer wie Bund, Länder und Kommunen jedes Jahr Aufträge mit einem Gesamtvolumen von 400 Milliarden Euro vergibt, kann doch die Regeln diktieren.

(Sepp Müller [CDU/CSU]: Das ist Sozialismus!)

Es ist völlig unverständlich, dass die öffentliche Hand weiterhin Aufträge vergibt, ohne die Unternehmen zur Tariftreue zu zwingen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist ein Skandal, dass der Bund Millionen an Steuergeldern an Unternehmen zahlt, bei denen die Beschäftigten unter miesen Arbeitsbedingungen und zu schlechten Löhnen arbeiten müssen, deren Beschäftigte beim Jobcenter anstehen müssen, um Hartz IV zu beantragen, weil der Lohn zum Leben nicht reicht und sie im Alter nur Armutsrenten bekommen. Das ist doch absurd.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir dürfen nicht länger akzeptieren, dass Steuergelder in Millionenhöhe an Unternehmen gehen, die ihren Beschäftigten weniger als den Tarif zahlen. „Tarifverträge sind ein öffentliches Gut“, schreiben CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag. Leere Worte sind das, denen bisher überhaupt keine Taten gefolgt sind.

(Beifall bei der LINKEN)